



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Kreisausschusses

---

Sitzungsdatum: Montag, 29.09.2014  
Beginn: 09:02 Uhr  
Ende: 11:25 Uhr  
Ort: Sitzungszimmer des Landratsamtes Kronach

---

### **Anwesend sind:**

#### Vorsitzender

Wunder, Gerhard Stellvertretender Landrat

#### Mitglieder CSU-Fraktion

Liebhardt, Bernd  
Löffler, Klaus  
Rebhan, Hans  
Weber, Gabriele

#### Mitglieder SPD-Fraktion

Ehrhardt, Timo  
Pohl, Ralf Dr.  
Rauh, Richard

#### Mitglieder Freie-Wähler-Fraktion

Beiergrößlein, Wolfgang  
Hänel, Peter

#### Mitglieder Frauenliste

Zenkel-Schirmer, Petra

#### Schriftführer/in

Welsch, Sonja

#### Verwaltung

Daum, Günter  
Schaller, Michael

#### Referenten

Schnabel, Sigmar

Hauptgeschäftsführer IHK zu Coburg

#### Presse

Frau Degelmann  
Meißner, Marco

Neue Presse  
Fränkischer Tag

#### Gäste

Kreisrätin Cilly Volk  
Lukas Schneider, Auszubildender  
Johannes Zwingmann, Anwärter

### **Entschuldigt sind:**

#### Vorsitzender

Marr, Oswald

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung**

- |            |  |                    |
|------------|--|--------------------|
| <b>1</b>   | Informationen  |                    |
| <b>1.1</b> | Tourismusschule Franken - Ausstattungsbedarf   | <b>11/101/2014</b> |
| <b>2</b>   | Finanzielle Beteiligung des Landkreises Kronach an der Potenzialanalyse ICE-Systemhalt Coburg            | <b>15/010/2014</b> |
| <b>3</b>   | Durchführung des VOF-Verfahrens (Atemschutzübungsanlage); Benennung der Mitglieder der Auswahlkommission | <b>11/095/2014</b> |
| <b>4</b>   | Jahresrechnung 2013 - Kenntnisnahme durch den Kreisausschuss   | <b>11/099/2014</b> |
| <b>5</b>   | Jahresrechnung 2013 - Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß Art 60 LKrO                  | <b>11/097/2014</b> |
| <b>6</b>   | Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung - Erweiterung einer bestehenden Garage im Kreisbauhof Birkach    | <b>11/098/2014</b> |
| <b>7</b>   | Unvorhergesehenes  | <b>15/011/2014</b> |
| <b>8</b>   | Anfragen und Sonstiges   |                    |

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder eröffnet um 09:02 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

# Öffentliche Sitzung

## TOP 1 Informationen

---

### Tourismusschule Franken - Ausstattungsbedarf

---

#### **Sachverhalt:**

In der Kabinettsitzung vom 03.09.2013 wurde mit Beschluss des Ministerrats die Errichtung einer Berufsfachschule für Hotel- und Tourismusmanagement in Kronach in Aussicht gestellt.

Bei den Haushaltsberatungen wurde noch von einem geringen Beschaffungsbedarf ausgegangen. Der von der Berufsschule geschätzte Investitionsaufwand für Beschaffungen lag bei ca. **40.000 Euro**.

Im Laufe der weiteren Planungen kristallisierte sich schnell heraus, dass die veranschlagten Mittel **nicht auskömmlich** sind. Bereits in der Sitzung des **Schul- und Kulturausschusses** vom **23.07.2014** wurde von der Schule ein Finanzierungsbedarf in Höhe von rund **280 Tsd. Euro** gesehen.

Nach weiteren Abstimmungsgesprächen mit den Fachlehrern und der Regierung von Oberfranken wurde letztendlich mit Schreiben vom 12.09.2014 ein Förderantrag an die Regierung mit **393 Tsd. Euro** gestellt.

Eine **fachliche Prüfung** durch die Regierung ist bislang nicht erfolgt. Gleiches gilt im Hinblick auf den Erlass eines **Förderbescheides**, da dieser die fachliche Billigung voraussetzt. Grundsätzlich besteht im Hinblick auf den Fördermittelbescheid allerdings eine optimistische Erwartungshaltung.

**Nicht enthalten** in der Antragssumme für den Förderantrag sind:

- ➔ Eine **Ergänzungsausstattung** für die **Industrieküche** (In Sitzung SKS 20.07.10 mit 25 Tsd. Euro enthalten)
- ➔ **Umbaumaßnahmen**, da vorerst nur interimswise bauliche Lösungen umgesetzt und im Verwaltungshaushalt als reguläre Bauunterhaltskosten verbucht werden (ca. 40 Tsd. Euro).

Im Hinblick auf die o. g. Ausführungen ist bezüglich der Beschaffungen für die „Tourismusschule Franken“ mit **überplanmäßigen Ausgaben** zu rechnen.

Überplanmäßige Ausgaben sind auch im Bereich „**Bau-Unterhalt Berufsschule**“ zu erwarten, da allein für den Umzug der Verwaltung in die Container über 150 Tsd. Euro angefallen sind.

Weitere Kostenmehrungen sind beim **Ausbau des Kfz-Bereiches** abzusehen. Hier müssen allerdings noch die Ausschreibungsergebnisse abgewartet werden.

Kreisrat R. Rauh fragte, wie die enorme Steigerung der Kosten zu Stande kam.

Kreiskämmerer G. Daum erläuterte, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen die Planung der neuen Schule noch nicht abgeschlossen waren und auch der Ausstattungsbedarf noch nicht bekannt war.

Kreisrat Klaus Löffler fragte nach welche Fördermöglichkeiten bestünden.

G. Daum führte auf, dass er von einer FAG Förderung ausgehe. Momentan läge die Maximalförderung der Ausstattungskosten bei 60%, er gehe davon aus, dass der Landkreis diese auch bekomme.

**zur Kenntnis genommen**

**Anwesend 11**

---

**TOP 2**      Finanzielle Beteiligung des Landkreises Kronach an der Potenzialanalyse ICE-Systemhalt Coburg

---

**Sachverhalt:**

Die Region Coburg engagiert sich seit langem für das Schienenverkehrsprojekt „ICE-Systemhalt am Bahnhof Coburg“. Der geforderte Halt im Zweistundentakt hat insbesondere vor dem Hintergrund des Wegfalls des Haltepunkts Lichtenfels nach der Inbetriebnahme der Neubaustrecke Ebensfeld – Erfurt (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 8.1) für den gesamten west-oberfränkischen Raum und darüber hinaus hohe Bedeutung für die Anbindung an den Schienenfernverkehr.

Nach mehreren Fachgesprächen mit der Deutschen Bahn AG konnte bislang jedoch kein Konsens erzielt werden, was das Fahrgastpotenzial am Bahnhof Coburg betrifft. Die IHK zu Coburg will deshalb gemeinsam mit Unterstützung regionaler Akteure ein Gutachten zur Ermittlung des Fahrgastpotenzials für einen zweistündigen ICE-Systemhalt beauftragen.

Da der geforderte ICE-Systemhalt auch für die Region Kronach fernverkehrstechnisch hohe Bedeutung hat, sollte der Landkreis Kronach die Forderung nicht nur ideell unterstützen, sondern auch einen finanziellen Beitrag leisten. Allerdings sollte darauf hingewirkt werden, die Potenzialstudie hinsichtlich der Fragestellung dahingehend zu erweitern, ob nicht ein zeitlich „schlanker“ Halt an der Strecke eine sehr sinnvolle Variante zum ICE-Halt am Bahnhof Coburg wäre.

Vor diesem Hintergrund wurde am 17.09.2014 durch die Kreisräte Bernd Liebhardt (CSU-Fraktionsvorsitzender) und Björn Cukrowski (FDP) sowie der CSU-Kreistagsfraktion folgender Antrag eingereicht (siehe Anlage):

Der Landkreis Kronach unterstützt nachdrücklich die Forderung nach einem ICE-Systemhalt in Coburg. Er beteiligt sich deshalb finanziell an der Potenzialanalyse zum ICE-Systemhalt Coburg mit 5.000 Euro.

Im Zusammenhang mit der Potenzialanalyse wird angeregt, dass zu anderen diskutierten Varianten (Halt an der Strecke) eine Aussage getroffen werden soll.

Die Schreiben der IHK zu Coburg vom 02.07.2014 sowie vom 09.09.2014, aus denen auch die finanziellen Beteiligungen weiterer Unterstützer hervorgehen, liegen als Anlage bei.

Sigmar Schnabel, Hauptgeschäftsführer der IHK zu Coburg erläuterte u.a. anhand einer Power Point Präsentation, warum die Potentialanalyse zum ICE-Systemhalt in Coburg in Auftrag gegeben wurde.

Sigmar Schnabel führte hierbei auf, dass der Systemhalt in Coburg nicht nur für die Stadt Coburg eine große Bedeutung habe, sondern auch für den Südhüringer Raum und Nord-West-Oberfranken (Landkreise Lf, KC, KU und teilweise bis in den Bayreuther Raum hinein). Mit der Fertigstellung der ICE-Strecke 2017 wird der ICE-Halt in Lichtenfels und Saalfeld wegfallen. Für Kronach bedeute dies, dass man zukünftig entweder nach Bamberg oder nach Coburg zum ICE-Halt fahren müsse. Derzeit sei für Coburg nur ein Tagesrandplanhalt zugesagt, d.h. früh morgens und abends zu pendlerfreundlichen Zeiten. Dies wäre aber zu wenig. Generell sei ein ICE-Systemhalt sehr erfreulich für die Regionalentwicklung, allerdings nur wenn ein regelmäßiger Halt durchgeführt werde.

Die Bahn lehne bisher einen häufigeren Halt in Coburg ab und begründe dies mit zwei Argumenten. Einerseits wäre Coburg nur mit einer Einschleifung an die Bahnstrecke Nürnberg-Erfurt angebunden, dies würde für einen Zeitverlust sorgen und andererseits wäre zu wenig Potential in Coburg vorhanden.

Es gäbe, lt. Sigmar Schnabel, aber Gegenanalysen von Fahrgastverbänden die z.B. aussagen, dass die Einschleifung nach Coburg zwar Zeit koste, aber nicht so viel, dass man die Knotenpunkte Nürnberg und Erfurt nicht in der vorgegebenen Zeit erreichen könne.

Die Argumentation, dass in Coburg zu wenig Potential vorhanden sei, solle durch die Potentialanalyse entkräftet werden. Folgende Gründe zeugen von der Notwendigkeit der Beauftragung eines solchen Gutachtens:

Die Bahn gehe derzeit von ca. 250 Ein-und Aussteigern pro Tag in Coburg aus. Dabei werden 257 000 Einwohner (Stadt und Landkreis Coburg, Sonneberg, Lichtenfels) berücksichtigt.

Das Einzugsgebiet für den ICE-Halt in Coburg sei aber wesentlich größer, da die Landkreise Kronach, Hildburghausen, Schmalkalden-Meiningen und teilweise Kulmbach mit einbezogen werden müssen. Die Bahn habe dies auch in einer zweiten Berechnung getan und festgestellt, dass es dann auch nur 300 Personen wären, d.h. unwesentlich mehr.

Nach Meinung der IHK sei diese Grobschätzung aus verschiedenen Gründen nicht korrekt. Es wäre mit einem wesentlich höheren Potential zu rechnen, so werden z.B. der Großteil des Landkreises Kulmbach, sowie der nördliche Landkreis Bayreuth und die Stadt Bayreuth nicht berücksichtigt. Ebenfalls handele es sich nur um eine Grobschätzung der DB, ein kleinteiliges Verkehrsmodell fehle dabei. Die IHK zu Coburg und bestimmte Fahrgastverbände gehen davon aus, dass das Potential mindestens auf dem Niveau wie Bamberg (ca. 375) liege.

Die Bahn erkenne jedoch nur Potentialanalysen an, die nach ihren eigenen Standards durchgeführt werden. Es wurde seitens der DB in Aussicht gestellt, dass eine Ausweitung des ICE-Haltes bei höherer Nachfrage durchaus realistisch sei und dass die Ergebnisse einer Potentialanalyse Berücksichtigung finden werden. Die Ergebnisse sollen daher recht zeitnah bis spätestens Ende des Jahres ermittelt werden.

Darüber hinaus soll eine Potentialanalyse auch Anhaltspunkte geben, wie denn die Region insgesamt im Hinblick auf einen zukünftigen ICE-Halt in Coburg besser zu vernetzen sei. (ÖPNV, etc.).

Die Bahn gehe bei Gutachten immer von Ihrem Status Quo aus, d.h. wenn keine Verbindung da ist, gibt es auch kein Potential. Im Rahmen der Potentialanalyse werde auch abgeklärt, wie der öffentliche Personennahverkehr strukturiert sein müsse, damit der Bahnhof Coburg bestmöglich bedient werde. Demnach solle die Analyse also Hinweise auf die weitere Verkehrsplanung nämlich wie der Personennahverkehr auszurichten sei, geben. Letztendlich benötigt die Region gutachterlich abgesicherte Argumente um überhaupt einen weiteren politischen Diskussionsprozess fördern zu können.

Das bayerische Innenministerium befürworte die Forderung nach dem ICE-Systemhalt Coburg und unterstütze die Potentialanalyse mit 20.000 Euro.

Auch seitens des Bundesverkehrsministeriums wünsche man sich für eine evtl. Unterstützung der Angelegenheit eine Aufzeigung des tatsächlichen Potentials.

Für Kronach wäre der Systemhalt in Coburg speziell in Fahrtrichtung nach Norden günstig, da ein Zustieg in Bamberg einen erheblichen Zeitverlust mit sich bringen würde und natürlich auch mit mehr Kosten verbunden wäre.

Coburg müsse natürlich ausreichend Parkmöglichkeiten am Bahnhof zur Verfügung stellen. Überlegungen gehen zu einem Parkhaus, welches gut über die Stadtautobahn zu erreichen wäre.

In Richtung Süden sei für Kronach natürlich der ICE-Halt Bamberg günstiger.

Klaus Löffler führte auf, dass entlang des Landkreises Kronach Richtung Norden (Steinbach/Wald, Ludwigsstadt) überall Regionalexpresshalte wären, d.h. für den nördlichen Teil des Landkreises sei es bislang sehr bequem gewesen einen ICE-Halt zu erreichen. Man sei in Pressig, Steinbach/W. oder Ludwigsstadt eingestiegen und war in relativ kurzer Zeit, ca. 25 Min, in Saalfeld und konnte dort in den ICE umsteigen. Es habe diesbezüglich bereits ein Gespräch des Lichtenfelder Landrates Christian Meißner und des Kronacher Landrates Oswald Marr mit dem Bundesverkehrsministerium stattgefunden, in dem Möglichkeiten die sich auf der bestehenden Strecke noch ergeben könnten diskutiert wurden. Hierbei wurde auch Jena mit einbezogen. Ihm interessiere der momentane Sachstand in dieser Angelegenheit.

Gerhard Wunder erläuterte, dass er selbst bei dem genannten Gespräch mit dem damaligen Bundesverkehrsminister Ramsauer mit dabei gewesen sei. Von Vertretern der Landkreise Kronach, Lichtenfels, Jena und Saalfeld wurde der Wunsch vorgetragen, dass auf der alten Strecke mindestens einmal täglich ein Zugpaar verkehren soll, da die Befürchtung nahelag, dass die alte Strecke nur noch für den Güterverkehr genutzt werden könne. Eine Prüfung dazu solle laufen, das Ergebnis läge allerdings noch nicht vor.

Kreisrat Ralf Pohl warf ein, dass es offensichtlich Überlegungen beim Bundesverkehrsministerium gäbe, auf der alten Strecke z.B. einen Interregio verkehren zu lassen. Dieser Aspekt dürfe natürlich nicht vernachlässigt werden. Hier gäbe es erfolgversprechende Ansätze.

Bernd Liebhardt führte auf, dass ein Zusammenhalt der Region in puncto ICE-Halt notwendig sei und so auch gegenüber der Bahn signalisiert werde, dass der ICE-Halt in Coburg gebraucht und gewollt sei. Oberfranken habe seiner Meinung nach ein sehr hohes Potential für zwei ICE-Halte. Vielfach werde diskutiert, dass man mit einer Forderung nach einem ICE-Halt in Coburg den Halt in Bamberg gefährde. Dies wäre jedoch nicht so. Man müsse allerdings dafür sorgen, dass die Anschlussmöglichkeiten nach Coburg auch entsprechend bestehen. Die Anschlüsse müssen in jedem Fall sinnvoller gestaltet werden. Die Potentialanalyse sei seiner Meinung nach auch die Chance entsprechend aufzuzeigen, wo in diesem Zusammenhang Verbesserungsmöglichkeiten bestünden. Wenn die Rahmenbedingungen (Anbindungen, etc.) passen dann werde auch deutlich zu sehen sein, dass das Potential für einen ICE-Systemhalt gegeben sei.

Dr. Ralf Pohl führte auf, dass es keine Zweifel daran gäbe, dass der Landkreis Kronach ein fundamentales Interesse am Systemhalt in Coburg habe. Darüber hinaus müssen allerdings noch weitere Dinge angesprochen werden. Zum einen müssen die Anbindungen nach Coburg verbessert werden. Dies solle auch im Beschluss mit berücksichtigt werden.

Zum anderen müsse zweigleisig gefahren werden. Z.B. sollten abgestufte Zugvarianten, wie z.B. ein Inter-City oder Interregio-Express auf der Altstrecke verkehren. Es solle daher auch in den Beschluss mit aufgenommen werden, dass weiterhin Gespräche über einen solchen Zügeinsatz auf der bisherigen Strecke Kronach-Saalfeld geführt werden.

Stellvertr. Landrat Gehrhard Wunder führte auf, dass mit Letzterem die Verwaltung entsprechend beauftragt werden solle.

Peter Hänel warf ein, dass man die bisherige Struktur nicht außer Acht lassen solle. Mit einem Regionalexpress sei man auch relativ schnell bei einem der nächsten ICE-Halte. Vom Grundsatz her solle das Potential eines Systemhaltes Coburg ausgelotet werden, ihn würde aber interessieren in wie weit es aber gesichert sei, dass die Bahn dieses Gutachten auch anerkenne.

Frau Petra Zenkel-Schirmer führte auf, dass es im Rahmen der Städtebauförderung immer wieder heiße, dass die Region unterstützt und gestärkt werden solle, ein ICE-Halt in Coburg wäre genau das was die Region brauche. Es dürfe aber nicht nur allein von einer Statistik abhängig werden. Interessant wäre das Ergebnis der Statistik allerdings schon. Wenn der ICE-Halt in Coburg vorhanden sei, dann werden auch die Fahrgäste automatisch kommen. Die Querverbindungen seien, wie bereits mehrfach angesprochen, dazu natürlich auch enorm wichtig. Eine Aufwertung Coburgs durch den ICE-Halt wirke sich entsprechend auch auf Kronach aus.

Hans Rebhan führte klar auf, dass die Potentialanalyse sein müsse. Er wäre damals bei beim Bahngipfel dabei gewesen und es hieß hier ganz klar, wenn es entsprechend belegt werden würde, dann werde ein Gutachten auch von der Bahn berücksichtigt. Die Bahn sei allerdings ein privates Unternehmen und hier seien politische Entscheidungen nicht so einfach. Hans Rebhan fragte, ob es wirklich so sei, dass es sich nur um eine Grobschätzung der Bahn handele, oder ob es irgendwelche empirischen Grundlagen dafür gegeben hätte Weiterhin wolle er wissen, wie weit das Thema Werratal-Bahn wäre, hier wäre wohl das größte Potential zu erwarten und ob ein Ansatz für einen Wechselhalt Bamberg / Coburg gesehen werde.

Richard Rauh sprach sich ebenfalls für die Durchführung der Potentialanalyse aus.

Sigmar Schnabel führte auf, dass bei Durchführung der Potentialanalyse davon ausgegangen werden müsse, dass die Region optimal an Coburg angebunden sei. Ein Eilbus werde berücksichtigt. Der angesprochene Lückenschluss werde allerdings nie bis 2018 fertig gestellt werden können, daher sei auch hier kein zusätzliches Potential zu erwarten. Es werde davon ausgegangen, dass mit einer Eilbusvariante auch diese Region entsprechend angebunden werden solle, ebenfalls auch die Regionen die östlich von Coburg liegen, z.B. Kronach. Die Einschleifung nach Coburg führe zu einer Fahrzeitverlängerung von 8-12 Minuten. Die Fahrzeitverlängerung an sich wäre aber im Hinblick auf die Gesamtstrecke, dann unproblematisch, wenn die Knotenpunkte Erfurt und Nürnberg rechtzeitig erreicht werden würden. Die Bahn gehe vom Verlassen des Bahnhofs in Nürnberg bis zur Einfahrt in Erfurt von 90 Min. aus. Momentan sei sie sehr konservativ in ihrer Fahrplangestaltung, d.h. sie rechnet hier mit sehr viel Pufferzeit beim Ein- und Ausfahren in den Bahnhöfen und kommt zu der Aussage, dass der zusätzliche Halt in Coburg nicht mehr in den Fahrplan hinein passe. Die Fahrgastverbände haben hier andere Gutachten mit Berechnungen, die aufzeigen, dass es innerhalb der vorgegebenen Zeit durchaus möglich wäre ohne dass man einen anderen zusätzlichen Halt wie Erlangen oder Bamberg aufgeben müsse. Ein Wechselhalt wäre natürlich möglich. Allerdings wären zwei Halte in Oberfranken günstiger und man solle sich eher in Bezug auf Erlangen, das nur wenige km von Nürnberg entfernt liegt, die Frage nach einem Wechselhalt stellen.

Damit die Bahn das in Auftrag gegebene Gutachten anerkenne, müsse dies natürlich nach den Standards der Bahn durchgeführt werden. D.h. man muss die gleichen Berechnungsmethoden zu Grunde legen, damit die Bahn an den Ergebnissen nicht vorbeikommen könne. Problematisch sei allerdings dass die Bahn den Fernverkehr eigenwirtschaftlich betreibe, d.h. der Bund baut das Netz aber der Betrieb erfolgt eigenwirtschaftlich durch die Bahn und die Bahn habe natürlich nur Interesse daran, wenn für sie eine schwarze Null dabei herauskomme. Andernfalls müsse jemand für die Verluste aufkommen. Er sehe dass derzeit als nicht realistisch an, aber die Politik müsse hier ein deutliches Signal für Oberfranken geben, sodass die Region nicht abgedrängt werde.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder bedankte sich bei Sigmar Schnabel.

➤ **Beschluss:**

1. Der Landkreis Kronach unterstützt nachdrücklich die Forderung nach einem ICE-Systemhalt in Coburg.
2. Er beteiligt sich deshalb finanziell an der Potenzialanalyse zum ICE-Systemhalt Coburg mit 5000 Euro.
3. Es wird angeregt, die Potenzialuntersuchung dahingehend zu erweitern, dass zu anderen diskutierten Varianten (Halt an der Strecke) eine qualifizierte Aussage getroffen werden soll.
4. Die aus dem Beschluss entstehenden überplanmäßigen Ausgaben werden bewilligt.
5. Die Potentialanalyse muss auch Wege zur Verbesserung der Anbindung des Landkreises Kronach an den Bahnhof Coburg prüfen (z.B. durch einen Eilbus oder eine RE-Verbindung ohne Umsteigen)
6. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Gespräche mit der Deutschen Bahn AG zu führen mit dem Ziel, eine qualifizierte Fernverkehrsverbindung, z.B. durch einen Inter-City, auf der Altstrecke Berlin-Nürnberg über Saalfeld, Kronach und Lichtenfels für die Zeit ab 2017 sicher zu stellen. Die Verwaltung gibt in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses einen Sachstandsbericht zu diesem Thema ab.

**geändert beschlossen**

**Ja 11 Nein 0 Anwesend 11**

**TOP 3** Durchführung des VOF-Verfahrens (Atenschutzübungsanlage); Benennung der Mitglieder der Auswahlkommission

---

**Sachverhalt:**

Die Architektenleistung für die **Feuerwache** der Stadt Kronach, bzw. des **Atenschutzzentrums** des Landkreises Kronach wird derzeit unter Federführung der Stadt Kronach und mit Unterstützung eines externen Büros im Rahmen eines europaweiten VOF-Verfahrens ausgeschrieben.

Nach Rücklauf der Angebote muss die Architektenauswahl durch ein entsprechendes Gremium vorgenommen werden. Dieses Auswahlgremium soll, um praktikabel arbeiten zu können, maximal 8 – 12 Personen umfassen.

Um einerseits dieser Vorgabe gerecht zu werden, andererseits aber alle Interessengruppen einbinden zu können, hat die Stadt Kronach als Verfahrensträgerin folgende Besetzung des Auswahlgremiums vorgeschlagen:

A.) Stadt Kronach

- 3 Vertreter Stadtrat
- 2 Vertreter der Verwaltung (ggf. incl. Bürgermeister)
- 1 Vertreter der Feuerwehr Kronach

B.) Landkreis Kronach

- 3 Vertreter Kreistag
- 2 Vertreter der Verwaltung (ggf. incl. Landrat)
- 1 Vertreter der Kreisbrandinspektion

Bei planmäßigem Verlauf des Ausschreibungsverfahrens werden die Auftrags-verhandlungen **voraussichtlich** am 30.10.2014 um 9 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathaus der Stadt Kronach stattfinden.

Eingeladen werden je nach Qualität der Bewerbungen mindestens 3 – maximal 5 Bewerber.

Für die Wahrnehmung der Aufgabe muss von den Mitgliedern der Bewertungs-kommission ein **voller Tag** eingeplant werden. D. h., an diesem Tag können von den berufenen Mitgliedern der Bewertungskommission faktisch **keine anderen Termine** wahrgenommen werden.

➤ **Beschluss:**

Für das VOF-Verfahren „Neubau Feuerwehrgerätehaus/Atemschutzzentrum Kronach“ werden folgende Mitglieder des Kreistages in eine Auswahl- und Bewertungskommission berufen. Aufgabe dieser Kommission ist die Mitwirkung bei der Bewerberauswahl im Rahmen der Auftrags-verhandlungen

Name	Vertreter
1. Hans Rebhan	Gabi Weber
2. Richard Rauh	Norbert Gräbner
3. Stefan Wicklein	Peter Hänel

Die Formvorschriften (Ladungsform und -frist, Schriftform, etc...) der Geschäftsordnung des Kreistages gelten für die Bewertungskommission nicht.

Ergänzt wird die Bewertungskommission durch zwei Vertreter der Kreisverwaltung (ggf. incl. Landrat) und einen Vertreter der Kreisbrandinspektion.

Der Kreisausschuss ist mit der Vergabe der Architektenleistungen an den im Nachgang der Vertragsverhandlungen vorgeschlagenen Bewerber einverstanden, soweit

- die Auswahlkommission mit mindestens einer 75 %-Mehrheit für einen Bewerber votiert hat
- und**
- alle 3 Kreistagsmitglieder diese Mehrheitsentscheidung mitgetragen haben.

Sollten diese Zustimmungsqoten nicht erreicht werden, ist die Angelegenheit nochmals in den Kreisgremien zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung wird insoweit zur Mitbeauftragung der Architektenleistungen, bzw. Übernahme anteiliger, auf das Atemschutzzentrum entfallender, Honorarkosten ermächtigt.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 11 Nein 0 Anwesend 11**

#### **TOP 4**      Jahresrechnung 2013 - Kenntnisnahme durch den Kreisausschuss

---

##### **Sachverhalt:**

##### **Jahresrechnung 2013**

1. Gemäß Art. 88 Abs. 2 LKrO ist die Jahresrechnung nach ihrer Erstellung dem Kreis-ausschuss vorzulegen. Diese Vorlage dient ausschließlich der Kenntnisnahme. In eine nähere sachliche Prüfung oder Behandlung braucht zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetreten werden. Es ist also weder ein Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung noch über die Entlastung der Verwaltung zu fassen.
  
2. Die Jahresrechnung 2013 schließt wie folgt ab:

<b>Jahresabschluss 2013</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>Differenz zu 2012</b>	
	<b>in Euro</b>		<b>in Euro</b>	<b>in %</b>
Soll-Einnahmen <b>Verwaltungshaushalt</b>	54.477.498,35	50.570.622,01	3.906.876,34	7,7%
Soll-Einnahmen <b>Vermögenshaushalt</b>	10.063.283,08	12.018.987,65	-1.955.704,57	-16,3%
<b>Summe Soll-Einnahmen</b>	<b>64.540.781,43</b>	<b>62.589.609,66</b>	<b>1.951.171,77</b>	<b>3,1%</b>
+ Neue Haushaltseinnahmereste	6.000.000,00	4.900.000,00	1.100.000,00	22,4%
- Globalniederschlagung (VV Nr. 5 zu § 79 KommHV)	77.000,00	107.500,00	-30.500,00	-28,4%
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste	4.900.000,00	3.486.000,00	1.414.000,00	40,6%
- Abgang alter Kasseneinnahmereste	-88.172,10	-60.936,69	-27.235,41	44,7%
- Abgänge lfd. Jahr (Erlässe, Niederschlagungen)	1.850,22	1.658,63	191,59	11,6%
<b>Summe bereinigte Soll-Einnahmen</b>	<b>65.650.103,31</b>	<b>63.955.387,72</b>	<b>1.694.715,59</b>	<b>2,6%</b>
Soll-Ausgaben <b>Verwaltungshaushalt</b> *	54.486.820,23	50.522.400,07	<b>3.964.420,16</b>	7,8%
Soll-Ausgaben <b>Vermögenshaushalt</b>	8.601.207,86	10.196.024,38	<b>-1.594.816,52</b>	-15,6%
<b>Summe Soll-Ausgaben</b>	<b>63.088.028,09</b>	<b>60.718.424,45</b>	<b>2.369.603,64</b>	<b>3,9%</b>
+ Neue Haushaltsausgabereste	3.817.493,31	4.020.236,54	-202.743,23	-5,0%
- Abgang alter Haushaltsausgabereste	1.255.418,09	783.273,27	472.144,82	60,3%
- Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,0%
<b>Summe bereinigte Soll-Ausgaben</b>	<b>65.650.103,31</b>	<b>63.955.387,72</b>	<b>1.694.715,59</b>	<b>2,6%</b>
<b>Zuführung zum Vermögenshaushalt</b> (HH-Ansatz 2,65 Mio. Euro)	<b>6.406.903</b>	5.201.059	<b>1.205.843</b>	<b>23,2%</b>
<b>Zuführung zum Verm.-haushalt - (Bereinigt</b> um Erhöhungsbetrag Strukturbeihilfe v. 1,5 Mio. Euro)	<b>4.906.903</b>	5.201.059	<b>-294.157</b>	<b>-5,7%</b>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich im Haushaltsjahr 2013 die zufriedenstellende Entwicklung der Vorjahre fortgesetzt hat.

Die **Zuführung** an den **Vermögenshaushalt** belief sich auf 6,4 Mio. Euro (Vorjahr 5,2 Mio. Euro). Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie den großzügig gewährten – gegen über dem Vorjahr enorm erhöhten – Stabilisierungshilfen des Freistaates zu verdanken.

Das **Investitionsvolumen** lag bei knapp **8 Mio. Euro**, unter Einbeziehung der Investitionsausgaben des ZV Schulzentrum bei rund 10,4 Mio. Euro. Absoluter **Investitionsschwerpunkt** war der **Schulbereich mit 5,2 Mio. Euro** (incl. ZV Schulzentrum ca. **7,6 Mio. Euro**). Im Kreisstraßenbereich ist die Anbindung der KC 18 an die B 85 südlich von Steinbach hervorzuheben (657 Tsd. Euro).

Leider **nicht zur Ausführung** kamen die Altlastensanierung Seelach (evtl. 2015) und die Hangsicherung Heinersberg, die auf das Jahr 2014 verschoben wurde.

Gegenüber dem Vorjahr **erhöhte** sich der **Aufwand** insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bezirksumlage + 665 Tsd. Euro
- Personalkosten + 395 Tsd. Euro
- Gebäudeunterhalt + 334 Tsd. Euro
- Zuschussbedarf SGB II + 189 Tsd. Euro
- Sachaufwand Straßenunterhalt + 154 Tsd. Euro
- Krankenhausumlage + 137 Tsd. Euro

➤ Sozialhilfe (örtl. Träger) + 112 Tsd. Euro

Neben den infolge der gestiegenen Umlagekraft erhöhten Kreisumlageeinnahmen ergaben sich die nachfolgend genannten größeren **Haushaltsverbesserungen**:

➤ Stabilisierungshilfen	1.500 Tsd. Euro	
➤ Grundsicherung für Erwerbsunfähige	444 Tsd. Euro	(Erhöhung des Bundesanteils)
➤ Kapitaldienst wand)	323 Tsd. Euro	(davon 227 Tsd. Euro Zinsauf-

Haushaltsüberschreitungen fielen in Höhe von 1,28 Mio. Euro an, von denen noch 1,08 Mio. Euro zu genehmigen sind (vergl. separate Beschlussvorlage).

Der **Schuldenstand** (incl. der inneren Darlehen an die Abfallwirtschaft) konnte auf **16,8 Mio. Euro** vermindert werden (Vorjahr 20,0 Mio. Euro).

Die Kreisgemeinden konnten auch im Jahr 2013 von einem **niedrigen**, deutlich unter den Vergleichswerten liegenden, **Kreisumlage-Hebesatz** profitieren

Durchschnitt Landkreise <u>ohne</u> kreisfreie Stadt <b>Bayern</b>	49,85 Punkte
Durchschnitt Landkreise <u>ohne</u> kreisfreie Stadt <b>Oberfranken</b>	49,88 Punkte

<b>Hebesatz Landkreis Kronach</b>	<b>(-1,5 Pkt. gegenüber 2012)</b>	<b>47,00 Punkte</b>
-----------------------------------	-----------------------------------	---------------------

Kreiskämmerer Günther Daum erläuterte die Jahresrechnung mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation.

Zunächst ging G. Daum auf die Eckdaten ein. So schließt der Haushalt in der Gesamtsumme mit 65 Mio. ab. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt liegt bei 6,4 Mio, und damit 1,2 Mio über dem Vorjahreswert. Bedingt war dies durch großzügige Stabilisierungs- und Strukturentwicklungshilfen des Freistaates Bayern in Höhe von 2 Mio Euro. Ohne diese Hilfen wäre einen Rückgang von ca. 300.000 Euro oder 5,7% zu verzeichnen. Die Planabweichung der Zuführung vom Gesamthaushalt gemessen an den Haushaltsansätzen liegt bei 3,78%. Würden die unerwartet erhaltenen, erhöhten Stabilisierungshilfen herausgerechnet, wäre eine Planabweichung von 1,97% gegeben.

Mit einer Zuführung an den Vermögenshaushalt, die 3,5 Mio. Euro über den Tilgungsausgaben lag, wurde im Hinblick auf die Eigenfinanzierungsanteile von Investitionsmaßnahmen ein gutes Ergebnis erreicht. In den Jahren 2004/2005 konnte der Landkreis noch nicht einmal seine Tilgungen erwirtschaften. Die freie Spanne, die vereinfacht ausgeht von der Zuführung an den Vermögenshaushalt, abzüglich der Bedarfszuweisungen und der Tilgung von Krediten, plus der Investitions-pauschale und den Rückflüssen von Darlehen, liegt der Landkreis mit ca. 2 Mio. Euro auf dem Niveau der Vorjahre.

Der größte Teil der Haushaltsplanverbesserung liegt bei den Bedarfszuweisungen/ Stabilisierungshilfen mit 1,8 Mio. Euro. Bedingt ist dies durch ein neues Programm des Freistaates Bayern das speziell auf demografisch benachteiligte Regionen abzielt. Die zweite große Abweichung lag im Jugendhilfebereich mit knapp 600.000 Euro. Besser abschneiden konnte man auch hinsichtlich des Zuschussbedarfes beim SGB II (200.000 Euro). Der Zinsaufwand ist im Vergleich zum

Vorjahr um knapp 100.000 Euro gesunken.

Die größten Verbesserungen im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen wurden bei der Kreisumlage erreicht (+ 1,9 Mio. Euro). Zu verdanken war dies der gestiegenen Umlagekraft der Gemeinden. Die Steigerung der Bedarfszuweisungen betrug 1,5 Mio. Euro. Verbesserungen gab es auch bei der Grundsicherung für Erwerbsunfähige. Hier hat der Bund einen größeren Teil der Kosten übernommen. Der Kapitaldienst hat ebenfalls 300.000 Euro weniger ausgegeben.

Verschlechterungen gab es bei der Bezirksumlage. Hier mussten 665.000 Euro mehr gezahlt werden. Die Ursache lag in den erhöhten gemeindlichen Steuereinnahmen und der damit gestiegenen gemeindlichen Umlagekraft. Die Personalkosten sind um ca. 400.000 Euro angestiegen, der Gebäudeunterhalt um ca. 300 000 Euro. Hier schlugen v. a. die Dachsanierungen an der Berufsfachschule für Musik und am Landratsamtsgebäude zu Buche. Der Zuschussbedarf beim SGB II ist ebenfalls um rund 200 000 Euro gestiegen.

Bei den Aufgaben Gastschulbeiträge und Schülerbeförderung war ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der vor allen Dingen darauf zurückzuführen ist, dass der Gastschüleranteil an der Berufsschule in den letzten Jahren angewachsen ist.

Seit 2010 hat der Landkreis auf der Aufwandsseite erhebliche Einsparungen zu verzeichnen, die sich in den letzten beiden Jahren auf einem niedrigen Niveau stabilisierten.

Der Zuschussbedarf, materielle Existenzsicherung hat sich um rund 100.000 Euro gegenüber dem letzten Jahr verbessert. Hauptursache war die Übernahme höherer Anteile durch den Bund bei der Grundsicherungsleistung für Erwerbsunfähige. Bei den SGB II – Leistungen war ein leichter Anstieg von rund 5 Euro bei den monatlichen Hilfen pro Bedarfsgemeinschaft zu verzeichnen, gleichzeitig auch ein leichter Anstieg der Hilfeempfängerzahlen. In der Summe wurden hier ca. 200.000 Euro mehr gebraucht im letzten Jahr.

Bei der Jugendhilfe wurde in den letzten beiden Jahren ein Rückgang verzeichnet. Hier verharrt der Landkreis auf relativ niedrigem Niveau, das vor allen Dingen dadurch zu Stande kommt, dass wenig Fremdunterbringungen und viel Pflegefamilienaufnahmen durchgeführt werden. Die Aufwendungen für Kiga-Beiträge waren ebenfalls, aus demografischen Gründen, rückläufig.

Leicht zurück ging auch der Zuschuss für die Schülerbeförderung und die Gastschulbeiträge. Dies war aber nicht auf die Kosten der Schülerbeförderung zurückzuführen, die sich moderat erhöhten, sondern auf einen besseren Saldo bei den Gastschuleinnahmen, bedingt durch eine Steigerung der Gastschulquote (fast 50%).

Der Schulaufwand für Schulgebäude und schulischen Sachaufwand (o. Bau-Unterhalt) ist seit 1990 um insgesamt 13,7% gestiegen. Die Anzahl der Schüler ist im gleichen Zeitraum um rund 7 % und der Aufwand um 5,9% pro Schüler gestiegen. Die Inflationsrate ist in dieser Zeit lag bei 54 %.

Der Kreisumlagebedarf pro 1000 Schüler liegt seit 2003 Jahren konstant unter einem Hebesatzpunkt (früher bis zu 1,4 Pkt.). Diese guten Finanzzahlen wurden erreicht, obwohl eine erhebliche Ausweitung der Leistungen im Schulbereich stattfand (z.B. Flächenerweiterungen bei der RSI und der RS II, der Neubau von 2 Mensen , die Schaffung von Aufenthaltsräumen am FWG, sowie die Einführung einer Mittagsverpflegung am Schulzentrum und am KZG, verstärkten Nachmittagsunterricht, Ganztagesklassen, verbesserte EDV-Ausstattung, etc.). Hinzu kamen in den letzten Jahren noch baubedingte Mehrkosten für Heizstrom in den Containern und anderes mehr.

Kreisrat Klaus Löffler fragte, ob es den Tatsachen entspräche, dass nach der Sanierung des KZG die Klassenräume nicht reichen würden und somit Container bestehen bleiben müssten.

G. Daum führte auf, dass ein genehmigtes Raumprogramm von der Regierung als Basis für das Bauvorhaben vorläge.

Klaus Löffler bat darum, über die Verwaltung abzuklären, ob die Klassenräume nach der Sanierung ausreichend seien.

Der Anstieg in den letzten Jahren bei den Personalkosten sei, so Günther Daum, immer recht flach gewesen. Nicht jedoch 2013, hier lag die Steigerung bei 4,1%. Die tariflichen Erhöhungen lagen nur ca. bei 2,65%. Das Ganze muss jedoch auch auf die Einwohner umgelegt werden und dies bedeute dann eine Steigerung von 4,8 %. Insgesamt wurde der Personalstand in den letzten Jahren jedoch stark vermindert.

Kreisrat Klaus Löffler betonte, dass die Aufgabenerfüllung gewährleistet sein müsse, es könne nicht nur immer argumentiert werden, dass weniger Personal gebraucht werde.

Gerhard Wunder führte auf, dass die genannten Zahlen nur die Landkreisbeschäftigten umfassen, nicht aber das staatliche Personal.

Hans Rebhan fragte nach den Gründen für den erheblichen Personalkostenanstieg gerade im Jahr 2013.

Gerhard Wunder erläuterte, dass Personalentscheidungen immer mit Beschlüssen eines Gremiums einhergehen und dass solche Entscheidungen auch entsprechend Geld kosten. Aber das Primat der Politik habe auch immer noch das Gremium inne, das dann auch beschliesse.

Günther Daum führte auf, dass der Landkreis u.a. noch die Pensionslasten der Frankwaldklinik zu tragen habe. Von einer generellen Personalunterbesetzung könne nicht die Rede sein.

Günther Daum führte weiter auf, dass der Kapitaldienst in den letzten Jahren stark gesunken sei. v.a. die Zinsaufwendungen gingen erheblich zurück von 1,5 Mio. Euro auf 400.000 Euro. In den Jahren 2014, 2015 werde auch dieser noch weiter absinken. Die fundamentale Kreisverschuldung (incl. des inneren Darlehens Abfallwirtschaft), ohne Zwischenfinanzierung Frankwaldklinik ist seit dem Höhepunkt 2005 (Übernahme der Klinikschulden) von rund 38 Mio. Euro auf ca. 17 Mio. Euro zurückgegangen.

Investitionsmaßnahmen wurden im letzten Jahr in Höhe von rund 8 Mio. Euro durchgeführt. Bei Addierung der Maßnahmen des Zweckverbandes Schulzentrum liegt der Landkreis hier bei 10,4 Mio. Euro. Hauptinvestitionsschwerpunkt (73%) war der Schulbereich mit 7,6 Mio (inklusive Ausgaben ZV Schulzentrum).

Die Rücklage wurde von 500.000 Euro auf 1 Mio. Euro erhöht. Die Rücklage Altersteilzeit lag in etwa auf dem Vorjahresniveau. Bei der Rücklage Abfallwirtschaft war eine Minderung von rund 200.000 zu verzeichnen, was der Beschaffung der neuen Tonnen geschuldet war.

Zusammenfassend erläuterte Günther Daum, dass 2013 wichtige Investitionsmaßnahmen umgesetzt wurden, z.B. die Anbindung der KC8 an die B 85 und die umfangreichen Schulsanierungen. Zudem konnte eine weitere Teilsanierung des Haushaltes erreicht werden. Letzteres führt dies zu

einer Verbesserung der Handlungsfähigkeit des Landkreises und damit zur Schaffung der Voraussetzungen für künftige Investitionen. Die Kreisumlage wurde um 1,5 Punkte gesenkt. Der Landkreis Kronach weist einen unterdurchschnittlichen Kreisumlagehebesatz auf, womit eine relativ moderate Belastung der Gemeinden verbunden ist. Damit wurden auch auf der Gemeindeebene Handlungsspielräume eröffnet.

Der Landkreis Kronach wäre der einzige Landkreis Oberfrankens, der eine Berufsfachschule für Musik und eine Bibliothek unterhalte. Bezüglich der VHS trägt der Landkreis den höchsten Pro-Kopf-Aufwand in Oberfranken. Hohe Kosten werden auch das Regionalmanagement, die Wirtschaftsförderung, der Tourismusbereich und das Kulturreferat verursacht. Der Landkreis Kronach habe relativ hohe Einwohnerrückgänge zu verzeichnen (nach Wunsiedel zusammen mit dem Landkreis Hof die zweithöchsten in Bayern), eine im Landesvergleich ungünstige Beschäftigungsentwicklung und bis auf wenige Ausnahmen keine steuerstarken Gemeinden.

Trotzdem konnte der Schuldenstand spürbar vermindert und größere Investitionsmaßnahmen begonnen und umgesetzt werden. All dies mit einem niedrigen gemeindefreundlichen Kreisumlagehebesatz.

Kreisrat Bernd Liebhardt gab als Signal vom Primat der Politik zum Thema Kreisumlagesatz den Hinweis, dass darauf geachtet werden müsse alles in einem vernünftigen Maße weiterlaufen zu lassen, da der Landkreis den Gemeinden die Grundlage für Eigeninvestitionen nicht entziehen könne. Das Thema Personal solle in einer der nächsten Sitzung intensiver angegangen werden. Es wurde mehr wie im Haushaltsansatz veranschlagt und dem Vermögenshaushalt zugeführt, das sei, so Bernd Liebhardt auf den ersten Blick sehr positiv, aber auf den zweiten Blick bedeute dies, dass man entweder bei den Ansätzen etwas nachbessern, oder dass man z.B. Maßnahmen im Tiefbaubereich, die man nicht durchführen konnte, auf diese Weise angehen könne. Das Geld war vorhanden, der Politische Wille da, - dies könne man vielleicht mitnehmen.

Kreisrat Richard Rauh bemängelte, dass zu wenig für den Straßenbau getan werde. Er möchte auch bei Gelegenheit über den Sachstand zum Haushaltskonsolidierungskonzept unterrichtet werden.

Stellvertr. Landrat Gerhard Wunder führte auf, dass derzeit als Vorbereitungsmaßnahme eine Umfrage im Haus laufe, wo überall noch Einsparpotential wäre.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder bedankte sich bei Kreiskämmerer Günther Daum für seine Ausführungen.

**zur Kenntnis genommen**

**Anwesend 11**

**TOP 5** Jahresrechnung 2013 - Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß Art 60 LKrO

---

**Sachverhalt:**

Im Jahr 2013 sind über- und außerplanmäßige Ausgaben wie folgt angefallen:

Über-, bzw. außerplanmäßige Ausgaben (gesamt)	Verw.-HH	Verm.-HH	Gesamt
	803.131	476.416	<b>1.279.547</b>
<b>Davon entfallen:</b>			
<b>Genehmigte</b> überplanmäßige Ausgaben ( <b>Breitbandunterstützung durch IKT</b> - KA v. 10.06.2013)	69.987		<b>326.660</b>
<b>Genehmigte</b> überplanmäßige Ausgaben ( <b>Miete Ausweichräume Kreisbibliothek</b> - KA v. 10.06.2013)	31.510		
<b>Genehmigte</b> überplanmäßige Ausgaben ( <b>Klimaanlage Chorraum BFM</b> - KA v. 21.10.2013)	16.468		
<b>Genehmigte</b> überplanmäßige Ausgaben ( <b>VHS-Zuschuss</b> - KA v. 27.01.2014)	42.197		
<b>Genehmigte</b> überplanmäßige Ausgaben ( <b>Sanierung Schwimmbad RS I</b> - KA v. 27.01.2014)	40.000		
<b>Im Haushalt an anderer Stelle veranschlagt</b> - insoweit keine echte HH-Überschreitung => Schülerbeförderungskosten E-Schule Naila	48.461		
<b>Lfd. kalkulatorische Kosten "Abfallwirtschaft"</b> die vollständig aus den Gebühreneinnahmen refinanziert werden.	55.974		
Anlaufkosten Geopark fränkisches Schieferland, die durch Zuschüsse und die Kostenbeteiligung Dritter wieder refinanziert werden.	22.063		
<b>Sonstige überplanmäßige Ausgaben Vw-Haushalt</b>	<b>476.471</b>		
Kreisumlageneutrale Mehrausgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, die zu 100 % über den Gebührenhaushalt finanziert werden.		51.642	<b>311.179</b>
Ersatzbeschaffung "Backofen Berufsschule" gemäß dem Beschluss des Schul- und Kulturausschuss vom 21.11.2013.		58.641	
Dank der großzügigen Strukturbeihilfen des Freistaates Bayern waren erhöhte Tilgungsleistungen möglich. Insoweit hat der Landkreis der Erhaltungshaltung des Zuwendungsgebers Rechnung getragen.		200.897	
<b>Bereinigte über-/außerplanmäßige Ausgaben:</b>	<b>476.471</b>	<b>165.238</b>	<b>641.708</b>
<b>Zu Genehmigen</b>	602.968,81	476.416,49	<b>1.079.385,30</b>

Dank der wohlwollenden Gewährung von Strukturbeihilfen des Freistaates Bayern fiel die größte Haushaltsüberschreitung bei den Tilgungsleistungen an. Daneben fielen insbesondere in folgenden Bereichen größere überplanmäßige Ausgaben an:

► **Im Verwaltungshaushalt**

- Kreisstraßenunterhalt (incl. Ölabscheider Bauhof Nord) 199.316 Euro
- Gebäude-Unterhalt (incl. Außenanlagenpflege) 198.669 Euro
- Kalk. Kosten Abfallwirtschaft (gebührenfinanziert) 55.974 Euro
- Betriebskostenumlage ZV Schulzentrum 52.690 Euro
- Schülerbeförderungskosten E-Schule Naila 48.461 Euro
- VHS-Zuschuss 42.197 Euro

Die Mehrausgaben beim Gebäudeunterhalt entfielen insbesondere auf die Dachsanierungen an den Nebengebäuden des Landratsamtes und den der Schwimmbadsanierung an der RS I.

► **Im Vermögenshaushalt**

- Schulausstattungen Berufsschule 172.235 Euro
- Beschaffungen Abfallwirtschaft (Mülltonnen) 26.149 Euro

- Grunderwerb Naturschutzmaßnahmen 20.797 Euro

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben konnten sowohl durch Mehreinnahmen, als auch durch Minderausgaben abgedeckt werden. Für einen Teil der Haushalts-Überschreitungen liegen bereits Beschlüsse der zuständigen Kreisgremien gemäß Art. 60 LKrO vor.

Die in **Anlage 1** enthaltenen Haushalts-Überschreitungen sind durch den Kreisausschuss, die in der **Anlage 2** enthaltenen vom Kreistag zu genehmigen.

➤ **Beschluss:**

- 1.) Die in der **Anlage 1** aufgelisteten Haushaltsüberschreitungen 2013 von insgesamt

Verwaltungshaushalt	602.968,81 Euro
Vermögenshaushalt	<u>103.284,98 Euro</u>
	<b><u>706.253,79 Euro</u></b>

sind unabweisbar und werden gemäß Art. 60 Abs. 1 LKrO durch den Kreisausschuss genehmigt.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 11 Nein 0 Anwesend 11**

- 2.) Die Haushaltsüberschreitungen deren Genehmigung in die Zuständigkeit des **Kreistages** fällt sind in der **Anlage 2** aufgelistet. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die dort angeführten Mehrausgaben in Höhe von insgesamt **373.131,51 Euro** zu genehmigen.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 11 Nein 0 Anwesend 11**

**TOP 6** Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung - Erweiterung einer bestehenden Garage im Kreisbauhof Birkach

---

**Sachverhalt:**

Im Hinblick auf die ordnungsgemäße Durchführung des Winterdienstes 2014/15 wurde die als Anlage beigefügte „Dringliche Anordnung“ erlassen.

Kreisrat Richard Rauh führte auf, dass seitens der SPD demnächst ein Antrag an den Kreistag auf Stärkung des Bauhofes Nord eingereicht wird.

Kreisrat Bernd Liebhardt bat darum, wenn möglich dringliche Anordnungen zeitlich so zu gestalten, dass sie vorab ins Gremium kommen.

Über das Thema Bauhof sollte seiner Meinung nach generell einmal gesondert gesprochen werden. Dazu sollen die Gemeinden und Städte an einen Tisch gebracht werden, damit man gemeinsam überlegen könne wo z.B. noch Synergieeffekte wären.

**TOP 7** Unvorhergesehenes

---

**Sachverhalt:**

Der Landkreis Kronach als ländlich-periphere Region hat bereits in den zurückliegenden EU-Förderperioden erfolgreich LEADER-Fördermittel für Entwicklungsprojekte akquirieren können.

Allein in der letzten Förderperiode 2007 – 2013 konnte der Landkreis für Projekte der regionalen Entwicklung ca. 2,2 Mio. Euro an LEADER-Mitteln generieren.

Beispielhaft konnten folgende Projekte durch das Regionalmanagement mit LEADER-Mitteln entwickelt bzw. unterstützt werden:

- Genussregion Oberfranken
- Einrichtung/Ausbau des Europäischen Flakonglasmuseums, Kleintettau
- Entwicklung von Bioenergiegemeinden im Naturpark Frankenwald
- Seniorengemeinschaft Kronach, Stadt und Land
- Rennsteigschule - Private Fachoberschule, Ludwigsstadt
- Bedarfsgesteuerter ÖPNV im Landkreis Kronach
- Qualitätsregion Wanderbares Deutschland: Der Frankenwald
- Arnikastadt Teuschnitz, Netzwerkmanagement und Bau des Kräutergartens
- LAG-Management Landkreis Kronach

Auch in der neuen EU-Förderperiode 2014 – 2020 wird das Förderprogramm LEADER zur Entwicklung ländlicher Räume erneut aufgelegt. Fördermittel aus diesem Programm können Lokale Aktionsgruppen (LAG´s) beziehen, die sich in 2014 mit der Einreichung einer Lokalen Entwicklungsstrategie (LES) für ihre Region erfolgreich bewerben.

Der Landkreis Kronach wurde vom Bayer. Landwirtschaftsministerium bzw. der Bayer. Obersten Baubehörde als Modellregion ausgewählt, LES und IRE (integriertes regionales Entwicklungskonzept zur Erlangung von Mitteln der Städtebauförderung für raumbedeutsame Entwicklungsprojekte) in einer Gesamtkonzeption zu entwickeln. Abgabe für die gemeinsame Konzeption ist der 31.12.2014.

➤ **Beschluss:**

1. Der Landkreis Kronach bewirbt sich für die EU-Förderperiode 2014 – 2020 erneut als LEADER-Region.
2. Das Regionalmanagement bzw. das LAG-Management Landkreis Kronach wird beauftragt, den hierfür notwendigen Prozess sowie die zur Bewerbung erforderliche Lokale Entwicklungsstrategie (LES) und eine integrierte Entwicklungsstrategie (IRE) in einem Gesamtkonzept zu initiieren.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 11 Nein 0 Anwesend 11**

## TOP 8      Anfragen und Sonstiges

---

Zur aktuellen Situation der Flüchtlinge im Landkreis Kronach informierte David Müller, Abteilungsleiter Sicherheits- und Ordnungsrecht:

Seit Oktober 2013 hat die Regierung von Oberfranken die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge auf die Landkreise delegiert. Zwischen 7 und 10 Neuankömmlinge hat derz. der Landkreis Kronach pro Woche zu verzeichnen. Derzeit hat der Landkreis Kronach 140 Asylbewerber + 10 Syrer (Kontingentsflüchtlinge), die folgendermaßen verteilt sind:

Reichenbach:	20
Mitwitz:	30
Tettau:	10
Förtschendorf:	5
Ludwigsstadt	10
Nordhalben	10
Steinwiesen	5
GemeinschaftsUK	45 (Ludwigsstädter Straße Kronach)

Derzeit habe der Landkreis erhebliche Probleme Wohnungen zu finden, daher appellierte D. Müller an die Presse und an das Gremium, wer eine Wohnung habe/wisse der möge sich bitte im Landratsamt bei Herrn Hanuschke melden.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder teilte dem Gremium auch mit, dass bereits die Kirchen, Kommunen und caritativen Einrichtungen diesbezüglich angeschrieben wurden. Angedacht sei auch ein Runder Tisch mit den genannten Einrichtungen. Vor einer evtl. Containerlösung soll erstmal versucht werden, die Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen.

Timo Ehrhard gab zu bedenken, dass es nicht mit einer Unterbringung allein getan sei, man müsse sich auch überlegen, wie man die Asylbewerber an ihren neuen Wohnorten weiterhin betreue.

Klaus Löffler führte auf, dass man die Kommunen bei der Betreuung der Flüchtlinge nicht alleine lassen sondern diese auch finanziell dabei unterstützen sollte.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder informierte das Gremium darüber, dass er im Anschluss an die Kreisausschusssitzung ein Gespräch in München mit den Vertretern der BEG und der DB-Regio bezüglich der derzeitigen Situation der Schülerbeförderung im Landkreis Kronach habe. In der Kreistagssitzung am 27.10.2014 werde dann näher auf das Thema eingegangen.

Ebenfalls wird in dieser Sitzung das Thema Demografiekonzept zur Sprache gebracht werden. Die Fraktionen sollten sich im Vorfeld Gedanken darum machen, ob man dazu evtl. einen Ausschuss, eine Lenkungsgruppe oder eine Landkreisentwicklungsgruppe gründe.

Um 11:25 Uhr schließt Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder die Sitzung des Kreisausschusses.

Gerhard Wunder  
Stellvertretender Landrat

Sonja Welsch  
Schriftführer/in